



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

AUSLÄNDISCHE DIREKTINVESTITIONEN IN POLEN

■ ANALYSE	
Strukturwandel – Ausländisches Kapital modernisiert Polens Wirtschaft Reinhold Vetter, Warschau	2
■ TABELLEN	
Ausländische Direktinvestitionen	7
Export und Import	12
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 21. August bis zum 03. September 2007	13
<hr/>	
■ LESEHINWEIS	
Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen 1900–2007	14

Die Herausgeber danken der BSH Bosch, Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Strukturwandel – Ausländisches Kapital modernisiert Polens Wirtschaft

Reinhold Vetter, Warschau

Zusammenfassung

Ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment – FDI) sind ein wesentliches Element des Transformations- und Reformprozesses in Ostmittel- und Südosteuropa. Unter den neuen EU-Staaten der Region hat sich Polen zu einem der attraktivsten Standorte für Investitionen aus Westeuropa, den USA und Fernost entwickelt. FDIs sorgen für einen Transfer von Kapital, Technologie, Forschung sowie Managementkultur und steigern damit die internationale Wettbewerbsposition der polnischen Volkswirtschaft. Auch der Arbeitsmarkt wird durch ausländisches Kapital nachhaltig beeinflusst. Schließlich verändern FDIs die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern – je nach dem, ob ihre Träger angelsächsischen, deutschen oder fernöstlichen Denktraditionen folgen. Polen wird ein bevorzugter Standort bleiben, wenn es den Regierenden gelingt, Forschung und Entwicklung stärker zu stimulieren, die Sozialsysteme zu reformieren und den Arbeitsmarkt den globalen Einflüssen anzupassen.

Polen als Spitzenreiter in Ostmitteleuropa

Das Jahr 2006 brachte für Polen den größten jährlichen Zuwachs an ausländischen Direktinvestitionen seit dem Systemwechsel 1989/90. Nach Angaben der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski) floss ausländisches Kapital im Wert von knapp 11,1 Milliarden Euro ins Land. Die bisherigen Spitzenwerte lagen bei 10,3 Milliarden in den Jahren 2000 und 2004. Für das laufende Jahr erwarten die Wissenschaftler des renommierten Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche sogar einen Betrag von etwa 12 Milliarden Euro. Diese Summen setzen sich jeweils aus drei Elementen zusammen:

- Kapitaltransfer für neue Investitionen,
- Verwendung von Gewinnen für die Erweiterung bestehender Investitionen,
- Kredite ausländischer Investoren für Tochterunternehmen in Polen.

Dabei fällt auf, dass die reinvestierten Gewinne im Vergleich zu den Vorjahren erheblich angestiegen sind. Das spricht für einen großen Vertrauensvorsprung ausländischer Investoren gegenüber Polen. Umfragen etwa der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer bestätigen diese Einschätzung. Das Jahr 2006 hat aber auch gezeigt, dass Polen mehr und mehr zu einem attraktiven Standort für Unternehmen aus Asien wird, die wichtige Konkurrenten deutscher Firmen sind. Allein japanische Konzerne wie Sharp, Bridgestone, Toshiba, Toyota, Orion Electric und Funai haben im letzten Jahr etwa 600 Millionen Euro in Polen investiert.

Vergleicht man die Entwicklung der neuen EU-Mitgliedsländer Ostmitteleuropas seit der Wende um 1989, dann gehörte Polen ursprünglich nicht zu den

Vorreitern. In den frühen 1990er Jahren war Ungarn das wichtigste Ziel ausländischer Direktinvestitionen, weil die Verantwortlichen in Budapest die Privatisierung durch den Verkauf an ausländische Unternehmen vorantrieben, während die Regierungen der anderen EU-Kandidaten inländische Investitionen, also betriebsinterne Privatisierung oder Entstaatlichung über die Ausgabe von Anteilen (so genannte Voucher), bevorzugten. Erst im Jahr 1996 überholte Polen Ungarn hinsichtlich des Zustroms von ausländischem Kapital. 2002 übernahm dann die Tschechische Republik diese Führungsposition. Beide Länder gewannen an Attraktivität, weil sie die Privatisierung durch Verkauf an ausländische Investoren forcierten und die Regierungen in Warschau und Prag überhaupt stärker um westliches Kapital warben. Ab 2002 wurde auch die Slowakei zunehmend Ziel westlichen Engagements. Inzwischen zeigt sich, dass Südosteuropa, vor allem Rumänien und Bulgarien, verstärkt ins Visier internationaler Investoren gerät. Bereits im Jahr 2006 ist der Zustrom ausländischen Kapitals nach Südosteuropa stärker angestiegen als nach Ostmitteleuropa.

Hinsichtlich des Gesamtbestands an ausländischen Direktinvestitionen ist Polen Spitzenreiter in Ostmitteleuropa. Seit 1989 flossen etwa 90 Milliarden Euro ins Land, während auf Ungarn gut 62 Milliarden und auf die Tschechische Republik knapp 59 Milliarden entfallen. Betrachtet man jedoch die Investitionshöhe pro Kopf, dann liegt Polen weit hinter den beiden Ländern und auch hinter Estland. Der entsprechende Wert beträgt in Polen 2.361 Euro (Ende 2006), während er in Estland bei 9.232 Euro, in Ungarn bei 6.170 Euro und in der Tschechischen Republik bei 5.719 Euro liegt. Interessant ist auch der Anteil auslän-

discher Direktinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt. Dieser liegt in Ungarn bei 55 Prozent, in Tschechien bei 48 Prozent, in der Slowakei bei 33 Prozent und in Polen bei 30 Prozent. Die wichtigsten Herkunftsländer für FDI in Polen sind die Niederlande, Deutschland, Frankreich, die USA und Österreich.

Trend zu wissensintensiver Produktion und Dienstleistung

Es sind zwei Motive, die ausländische Investoren veranlassen, sich in Polen und den anderen EU-Staaten Ostmitteleuropas zu engagieren. Entweder suchen sie neue Märkte für ihre Produkte oder sie wollen die Leistungsfähigkeit ihrer Unternehmen verbessern. Mitunter sind beide Motive miteinander verknüpft. In den ersten Jahren nach dem Systemwechsel 1989/90 stand vor allem die Suche nach neuen Märkten im Vordergrund. Investoren haben mit dem Erwerb von Produktionsstätten de facto auch die entsprechenden Märkte aufgekauft. Die Finanzwirtschaft, der Sektor für Büroimmobilien, die großen Supermarktketten und Hotels sind heute überwiegend in ausländischer Hand. Mit der Zeit wuchsen aber auch die „greenfield-Investitionen“ ausländischer Unternehmen in exportorientierten Branchen.

Zieht man eine Bilanz der Jahre seit Beginn des wirtschaftlichen Transformations- und Reformprozesses, dann zeigt sich eine erhebliche Veränderung der Standortfaktoren. Das gilt gerade auch für Polen. Während die Abwicklungskosten sanken, stiegen die Herstellungskosten und nicht zuletzt die Löhne. Die EU-Staaten Ostmitteleuropas sind heute keine klassischen Billiglohnländer mehr, auch wenn ihr Lohnniveau noch erheblich unter dem westlicher Mitgliedsländer liegt. Auch der Umfang und das Profil der FDI haben sich geändert und ändern sich weiter. Während die arbeitsintensive Produktion, die nur gering qualifizierte Arbeitskräfte erfordert, langsam an Bedeutung verliert und vereinzelt sogar abwandert, werden wissensintensive Produktion und Dienstleistung zunehmend in die neuen Mitgliedstaaten verlagert. Dieser Trend wird sich noch verstärken.

Im Prinzip haben diese Länder – mit Ausnahme so genannter strategischer Sektoren, wozu etwa Teilbereiche der Energieversorgung gehören – alle Zweige der Wirtschaft für ausländische Investoren geöffnet. Dabei ging das Gros der exportorientierten FDI in die Produktion von Fahrzeugen, die Elektroindustrie, die Herstellung elektrotechnischer und optischer Geräte sowie in die Chemieindustrie. Polen hat sich in diesem Zusammenhang zu einem wichtigen Zentrum für die Autoproduktion, die Herstellung moderner Unterhaltungselektronik und die Produktion von Haushaltsgeräten entwickelt.

Im Bereich der nicht exportorientierten Produktion wurde die Nahrungs- und Genussmittelindustrie zum wichtigsten Betätigungsfeld ausländischer Investoren.

Technologischer Rückstand einheimischer Unternehmen

Mit den ausländischen Direktinvestitionen ist ein erheblicher Transfer von Ressourcen verbunden. Das gilt nicht nur für das Kapital, sondern auch für Forschung und Entwicklung, moderne Technologien sowie die Managementkultur. In den Tochterunternehmen ausländischer Investoren beziehungsweise in den Gesellschaften mit ausländischer Kapitalbeteiligung wird mehr oder weniger nach westlichen Standards produziert und werden Dienstleistungen auf internationalem Niveau erbracht. Siemens und andere internationale Unternehmen haben große Entwicklungszentren in Breslau und in anderen polnischen Städten eingerichtet, deren Arbeitsergebnisse international umgesetzt werden.

Ein großes Problem besteht allerdings darin, dass der aus dem Ausland kommende technologische Funke noch nicht so richtig auf die einheimischen polnischen Unternehmen übergesprungen ist. Während sich die ausländischen Investoren in der Produktion auf hochtechnologische und exportorientierte Industrien konzentrieren, sind die einheimischen Unternehmen eher in Sektoren tätig, die technologisch weit weniger entwickelt sind und vor allem einheimische Märkte bedienen. Zu den Gründen für diesen Niveauunterschied dürften vor allem der Kapitalmangel bei einheimischen Unternehmen, die ungenügende Bereitstellung entsprechender Kreditlinien durch die Banken und die mangelnde Stimulierung von Forschung und Entwicklung durch den polnischen Staat gehören. Künftig werden EU-Mittel in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen.

Das Engagement ausländischer Investoren verändert auch die Managementkultur in Polen sowie die Entscheidungsprozeduren in den Unternehmen, denn die Eingliederung von Tochterunternehmen in die Netzwerke internationaler Konzerne führt zu einer wachsenden Spezialisierung etwa durch Bereitstellung bestimmter Produktkomponenten und auch zu einer Begrenzung der Entscheidungskompetenz von Tochtergesellschaften beziehungsweise der polnischen Regierung sowie der regionalen und lokalen Verwaltungen. Strategische Entscheidungen fallen in den internationalen Konzernzentralen, und diese gesamtunternehmerischen Entscheidungen über neue Produkte und über Umstrukturierungen können unter Umständen negative Auswirkungen auf Tochtergesellschaften haben, die ansonsten durchaus existenz- und leistungsfähig wären. Der Konflikt rund

um die Fusion der beiden polnischen Tochterbanken (Bank Pekao SA und Bank Przemysłowo-Handlowy SA) der italienischen Unicredit-Gruppe hat exemplarisch gezeigt, dass die staatliche Wirtschaftspolitik immer wieder vor einschneidenden Veränderungen wie Kapitalbewegungen, Abbau beziehungsweise Verlagerung von Arbeitsplätzen sowie verstärktem Lobbyismus ausländischer Investoren stehen wird.

FDIs stimulieren Außenhandel

Angesichts der starken Exportorientierung vieler ausländischer Direktinvestitionen hat sich die polnische Ausfuhr seit den 1990er Jahren international umorientiert sowie quantitativ und qualitativ stark verändert. Fand noch 1989 der Austausch zu etwa 35 Prozent mit der damaligen östlichen Wirtschaftsgemeinschaft RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe – Comecon) statt, so werden heute zwei Drittel des Außenhandels mit der Europäischen Union abgewickelt. Davon wiederum entfällt ein beträchtlicher Teil auf Deutschland. Die Exportquote der polnischen Wirtschaft ist kontinuierlich angestiegen und beträgt heute etwa 27 Prozent (zum Vergleich: die Exportquote einer stark außenhandelsorientierten Volkswirtschaft wie der deutschen liegt bei ca. 32 Prozent).

Das Wachstum des Außenhandelsvolumens ging mit einer drastischen Veränderung in der Güterstruktur des Außenhandels einher. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen dominieren inzwischen eindeutig Güter des verarbeitenden Gewerbes, während der Anteil der Primärgüter stark geschrumpft ist. Beim Export von Primärgütern haben Nahrungsmittel noch ein gewisses Gewicht behalten, während die Ausfuhr von Rohstoffen und mineralischen Brennstoffen ihre ursprüngliche Bedeutung fast vollständig eingebüßt hat. Der starke Bedeutungszuwachs der Industriegüterexporte bezieht sich vor allem auf die Ausfuhr von Fahrzeugen, elektrotechnischen und elektronischen Produkten sowie Erzeugnissen der Maschinenbauindustrie. Der Trend in Richtung technologisch anspruchsvoller Exportgüter ist eindeutig.

Empfindlicher Mangel an qualifizierten Arbeitskräften

Wie bereits dargestellt, sind ausländische Direktinvestitionen eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Strukturwandels in Polen. Besonders in den 1990er Jahren war dieser Wandel durch den Abbau industrieller Strukturen, die Reduzierung landwirtschaftlicher Tätigkeit und den Aufbau eines modernen Dienstleistungssektors charakterisiert. Der Bedeutungsverlust der Industrie ist allerdings nicht unbedingt negativ zu bewerten, denn die sozialistischen Systeme zeichneten sich nicht zuletzt durch eine gewaltig überzogene Pro-

duktion von Investitions- und Rüstungsgütern aus. Ebenso litten Länder wie Polen an einem zu hohen Anteil der Landwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Darüber hinaus waren die überkommenen sozialistischen Strukturen im Dienstleistungssektor unter den neuen marktwirtschaftlichen Verhältnissen obsolet geworden.

Doch die Folgen dieses Strukturwandels für den Arbeitsmarkt waren dramatisch. Trotz Wirtschaftswachstum und fortwährender Produktivitätssteigerung ging die Beschäftigung zurück. Das Schlagwort vom „jobless growth“ machte die Runde. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze etwa im Dienstleistungssektor konnte den massiven Abbau besonders in der Produktfertigung nicht ausgleichen. Die Reduzierung der Anzahl der Beschäftigten fiel vor allem dann drastisch aus, wenn ausländische Investoren einheimische Unternehmen kauften. Viele einheimische Unternehmen, die in staatlicher Hand verblieben, weil sie keinen in- oder ausländischen Investor fanden, verloren ihre Existenzberechtigung und wurden aufgelöst, ihr Vermögen abgewickelt und ihre Arbeitnehmer entlassen. Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny) sind in den Jahren 1989 bis 2003 in Polen mehr als 3,2 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen.

Andererseits wurden auch viele Stellen geschaffen, wenn internationale Konzerne neue Unternehmen und Produktionsstätten im Land aufbauten. So sind in den 14 Sonderwirtschaftszonen in Polen, die gerade auch von ausländischen Investoren genutzt werden, etwa 90.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die in diesen Sonderwirtschaftszonen vom Staat gewährten Hilfen, wie etwa Steuervergünstigungen, mitunter gegen EU-Recht verstießen oder bis heute verstoßen.

Die verhängnisvolle wechselseitige Abhängigkeit zwischen Produktivitätssteigerung und Arbeitslosigkeit wurde erst vor zwei Jahren wirklich durchbrochen. Seither werden mehr neue Stellen geschaffen als abgebaut. Das bedeutet nicht mehr nur, dass die Schaffung von mehr Beschäftigung etwa im Dienstleistungssektor den Abbau in der Industrie überwiegt. Auch die Beschäftigung in der industriellen Produktion selbst nimmt wieder zu. Für neue Arbeitsplätze sorgen gerade die von ausländischen Investoren betriebenen anspruchsvollen Produktionsabläufe wie die Herstellung von Autos und die Fertigung elektronischer Komponenten. So ist die Arbeitslosigkeit im Jahr 2006 gerade in Polen stark gesunken, wengleich das Land hinsichtlich der Beschäftigung immer noch zu den Schlusslichtern unter den EU-Staaten Ostmitteleuropas zählt. Nach einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 13,9 Prozent im Jahr 2006 werden für 2007 gut 11 Prozent erwartet.

Inzwischen hat der stetige Zustrom ausländischer Direktinvestitionen gerade in Ballungsgebieten wie Niederschlesien für einen eklatanten Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gesorgt. Insbesondere in der Bauwirtschaft können viele vakante Stellen nicht besetzt werden. Die Gründe dafür sind vielfältig. So leidet Polen unter der massiven Emigration von Fachkräften nach England, Irland, Deutschland, Schweden und in die USA. Nach Angaben des Arbeits- und Sozialministeriums in Warschau haben seit dem EU-Beitritt Polens mindestens eine Million Bürger das Land verlassen. Bemerkbar werden aber auch Ausbildungsmängel und die Schwächen des Arbeitsmarktes beziehungsweise der Arbeitsvermittlung. So gibt es in Polen kaum Strukturen, die mit der dualen Ausbildung in Deutschland vergleichbar sind. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer bemüht sich deshalb, entsprechende Projekte in Kooperation mit deutschen Investoren und den regionalen sowie lokalen polnischen Behörden auf den Weg zu bringen. Der Arbeitsmarkt wiederum leidet unter der vergleichsweise niedrigen Beschäftigungsquote, der mangelnden Flexibilität der Arbeitnehmer in bestimmten Regionen, der unprofessionellen Tätigkeit der Arbeitsämter und natürlich unter den Verzerrungen durch den Schwarzmarkt.

Sinkender Einfluss der Gewerkschaften

Unter dem Einfluss ausländischer Investoren haben sich auch die Beziehungen zwischen dem Staat, dem Unternehmensmanagement und den Beschäftigten stark verändert. Der Staat und seine Rechtsvorschriften verlieren mehr und mehr an Einfluss, wenn es um die Gestaltung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geht, was sich beispielsweise in den Arbeitsbedingungen und Löhnen widerspiegelt. Das gilt aber auch für Gewerkschaften wie die *Solidarność*, die traditionell noch sehr gesamtpolitisch denken. Gerade das dürfte aber dazu beigetragen haben, dass ihre Mitgliederzahlen seit 1989/90 drastisch gesunken sind. Betrug der Organisationsgrad damals noch 80 bis 90 Prozent, so liegt er heute unter 30 Prozent.

Soziologische Untersuchungen zeigen, dass die Solidarität unter den Arbeitern sinkt, was vor allem in der vergleichsweise immer noch hohen Arbeitslosigkeit, dem Fehlen gewerkschaftlicher Gruppen in den Betrieben sowie dem sinkenden Vertrauen in den möglichen Erfolg von Streiks für die Beschäftigten begründet liegt. Gehörte Polen noch in den frühen 1990er Jahren zu den Ländern in Ostmitteleuropa, die besonders für Streiks anfällig waren, so ist die Zahl der Arbeitskämpfe seither drastisch gesunken. Angesichts des geringen Einflusses der Gewerkschaften ist es kein Wunder, dass die Wochenarbeitszeit in Polen über der in

den westlichen EU-Staaten liegt. Überstunden werden nur selten zusätzlich entlohnt. Oft sparen Arbeitgeber Sozialabgaben dadurch, dass sie Arbeitnehmer auf der Basis freier Mitarbeit beschäftigen. Auch Betriebsräte spielen eher eine untergeordnete Rolle.

Parallel dazu ist der Einfluss von Unternehmerverbänden und Arbeitgeberorganisationen gestiegen, wobei diese hauptsächlich als Lobby auf gesamtwirtschaftlicher und sozialpolitischer Ebene auftreten, kaum aber in den einzelnen Branchen aktiv sind. Wenn überhaupt, werden Tarifverhandlungen vorwiegend auf Unternehmensebene geführt. Zurzeit sind in Polen nur noch knapp 40 Prozent der abhängig Beschäftigten durch Tarifverträge erfasst. Betrachtet man das Management in Unternehmen ausländischer Investoren, dann ist das Denken in Kategorien von Sozial- und Tarifpartnerschaft am ehesten in Firmen deutschen Kapitals oder mit deutscher Kapitalbeteiligung zu finden, kaum aber in Betrieben, die von amerikanischen und fernöstlichen Investoren geführt werden.

Polen jenseits der Globalisierung?

Ein zentraler Aspekt des Wahlprogramms der nationalkonservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*, die seit Herbst 2005 die Regierung stellt beziehungsweise Seniorpartner einer Dreiparteienkoalition war (Anm. d. Red.: im Juli d.J. brach die Koalition auseinander), war die Verteidigung nationaler Interessen auch und gerade in der Wirtschaft. Ihre Parteifunktionäre nannten die Privatisierungen der vorangegangenen 15 Jahre einen Ausverkauf polnischen Vermögens an fremdes Kapital. Besonders der massive Einstieg ausländischer Institute in den polnischen Bankensektor war *PiS* ein Dorn im Auge. Tatsächlich wurden seither fast alle Privatisierungen gestoppt. Stattdessen bemühte sich die Regierung, mehrheitlich staatliche Großunternehmen, so genannte „nationale Champions“ wie den Öl- und Benzin Konzern PKN Orlen nach Kräften zu unterstützen. Versuchte die Regierung zunächst, die Fusion der Bank Pekao SA und der Bank Przemysłowo-Handlowy SA (BPH) als Tochterbanken der italienischen Unicredit-Gruppe zu verhindern, so erreichte sie schließlich nur, dass die Italiener einen geringeren Teil des BPH-Kapitals an einen anderen Investor verkaufen mussten. Den Aufstieg der beiden Banken, deren Fusion vor dem Abschluss steht, zum größten polnischen Institut vor der bisher führenden, mehrheitlich staatlichen Bank PKO BP kann die Regierung nicht mehr stoppen.

Trotz dieses Widerstands wäre es falsch, der Regierungspartei *PiS* generell vorzuwerfen, sie blockiere die weitere Integration Polens in die internationalen Märkte. Sie bemüht sich sogar, internationale

Verpflichtungen zu erfüllen, wie etwa die, das Defizit im Staatshaushalt nach den EU-Vorgaben von Maastricht zu senken, wenn auch nicht in einem Tempo, wie es mit Blick auf eine baldige Einführung des Euro notwendig wäre. Allerdings tut sie auch nichts, um die internationale Wirtschaftsverflechtung Polens zu fördern, wozu unter anderem eine stärkere staatliche Stimulierung von Forschung und Entwicklung gehören würde. Die *Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR)* lehnte als einer der beiden kleineren Partner der nun zerbrochenen Regierungskoalition ausländische Direktinvestitionen unumwunden ab, während sich die *Selbstverteidigung (Samoobrona)* nur von Fall zu Fall zu dem Thema zu Wort meldete – etwa dann, wenn es darum ging, das weitere Vordringen ausländischer Supermarktketten per Gesetz zu blockieren. Die *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* als größte Oppositionspartei sowie das Bündnis *Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD)* haben in der Regel keine Vorbehalte gegen ausländisches Kapital.

Wie die Bevölkerung über ausländische Direktinvestitionen denkt, lässt sich nicht exakt sagen, da keine genaueren soziologischen Untersuchungen zu diesem Thema vorliegen. Vermutlich akzeptiert eine Mehrheit der Bürger die FDI, weil sie sieht, dass ausländisches Kapital die Wirtschaft voranbringt und damit zur Anhebung des Lebensstandards beiträgt. Arbeitsplätze in Tochterunternehmen ausländischer Gesellschaften sind begehrt. Wahrscheinlich hegen am ehesten jene etwa 30 Prozent der Gesellschaft Vorbehalte gegen ausländische Direktinvestitionen, die sich als Verlierer der neuen Marktwirtschaft empfinden und ausländische Investitionen als eine der Ursachen ihrer Misere begreifen.

Polnischer Kapitalexport

Seit Ende der 1990er Jahre ist die polnische Volkswirtschaft auch in der Lage, selbst Kapital zu exportieren, wobei der Löwenanteil polnischer FDI in den Jahren 2005 und 2006 getätigt wurde. Die Gesamtsumme polnischer Direktinvestitionen im Ausland beträgt inzwischen etwa 9 Milliarden Euro, wobei Polen nur von Ungarn mit 9,6 Milliarden übertroffen wird. Weit dahinter folgen die Tschechische Republik mit 3,8 Milliarden, Slowenien mit 3,5 Milliarden und Estland mit 2,7 Milliarden. Waren ungarische Unternehmen wie der Ölkonzern MOL und die Bank OTP Vorreiter des Kapitalexports der neuen EU-Staaten, so liegt die Initiative inzwischen eindeutig bei polnischen Unternehmen. In den Jahren 2005 und 2006 war der jährliche Kapitalexport Polens der höchste unter den neuen EU-Mitgliedsländern. Die polnischen Auslandsinvestitionen wurden vor allem in den Bereichen industrielle Verarbeitung, Finanzwirtschaft, Immo-

bilien und Dienstleistungen getätigt. Das Kapital ging im Wesentlichen in die Schweiz, die Tschechische Republik, nach Litauen, in die Niederlande, nach Rumänien, Schweden, Deutschland, in die Ukraine und nach Großbritannien.

Fazit

Der enorme Zufluss ausländischer Direktinvestitionen hat wesentlich zur Modernisierung der polnischen Volkswirtschaft und damit zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger beigetragen, auch wenn nicht die ganze Gesellschaft davon profitiert. Ökonomen halten es für möglich, dass der Zustrom anhält, wenngleich auch nicht in der Höhe wie 2006. Allenfalls dieses Jahr könnte der Rekord des Vorjahres wiederholt oder sogar noch etwas übertroffen werden. Mit ihrem Kapitalexport haben polnische Unternehmen verstanden, dass sie auch im Ausland etwas für die Sicherung ihrer ökonomischen Existenz und ihre Ertragskraft im Inland tun können.

Doch Polen darf sich nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. Die Konkurrenz unter den EU-Mitgliedsländern in Ostmitteleuropa ist hart, auch wenn einzelne wie Ungarn ihren Zenit in dieser Hinsicht überschritten haben. Wie schnell neue Konkurrenz wachsen kann, zeigt das Beispiel Rumänien. Außerdem bemühen sich jenseits der EU-Außengrenze die Ukraine und der westliche Balkan verstärkt um ausländische Direktinvestitionen. Billiglohnproduktion wird vermehrt nach Fernost abziehen. Die Globalisierung lässt sich nicht aufhalten, es sei denn, man versucht es mit staatlichem Dirigismus. In diesem Fall aber würde Polen den Anschluss an den technologischen Fortschritt verlieren.

So stehen die Regierung und die Vordenker in der Wirtschaft vor wichtigen Herausforderungen:

- Die wissenschaftlichen, technologischen und finanziellen Weichen für eine weitere Modernisierung der Volkswirtschaft müssen gestellt werden.
- Polen braucht eine strategische Diskussion darüber, welche Sektoren und Branchen perspektivisch das *Made in Poland* ausmachen sollen.
- Die sozialen Systeme müssen modernisiert werden, damit sie globalen Einflüssen standhalten.
- Die Mehrheit der Gesellschaft wird in Zukunft nur dann vom Nutzen der FDI überzeugt bleiben, wenn die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit stärker von moderner Sozialpartnerschaft geprägt sind, als das bisher der Fall ist, ohne dass die Gewinnträchtigkeit von Unternehmen gefährdet wird.
- Auch ein baldiger Beitritt Polens zur Eurozone würde dazu beitragen, dass das Land attraktiv für FDI bleibt.

Die derzeitige polnische Regierung hat diese Herausforderungen noch nicht erkannt. Ihre Fixierung auf nationale Interessen, so wie sie diese begreift, und auf die innenpolitische Konfrontation als ihr wichtigstes

politisches Betätigungsfeld zeigt, dass sie nicht versteht, wie sich die Welt im globalen Maßstab verändert. Dabei sollte ihr doch gerade daran liegen, Polen für die heutigen Herausforderungen fit zu machen.

Über den Autor

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politologe, arbeitet in Warschau als Korrespondent des *Handelsblatt* für Ostmittel- und Südosteuropa. Bis 1994 war er Polen-Korrespondent des ARD-Hörfunks. Seine Beiträge erscheinen auch in *Neue Zürcher Zeitung*, *Osteuropa*, *Südosteuropa* und *Internationale Politik*.

Tabellen

Ausländische Direktinvestitionen

Zustrom ausländischer Direktinvestitionen nach Polen, angegeben nach Herkunftsländern

	2000 in Mio. PLN	2004 in Mio. PLN	2005 ^(a) in Mio. PLN
Australien	- 3,0	- 29,9	31,2
Belgien und Luxemburg	1262,6	3631,0	7112,8
Dänemark	549,4	808,3	1865
Deutschland	4087,3	4713,7	6100,1
Finnland	452,5	29,7	1822,1
Frankreich	15824	12501,5	- 138,3
Griechenland	- 19,1	2,6	17,8
Großbritannien	739,3	1173	1830,8
Irland	178,2	370,1	- 153,7
Italien	1585,5	1988,9	695,7
Japan	167,8	696,9	982,2
Kanada	39,6	24,3	34,4
Liechtenstein	30,4	- 860,2	102,9
Niederlande	8551,9	8664,8	1526,1
Norwegen	16,5	367,5	-182,6
Österreich	1183,5	2671,1	2329,1
Portugal	300,8	212,7	261,9
Republik Korea	- 853,2	686,5	- 152,5
Russländische Föderation	- 90	- 2360,8	113,6
Schweden	2587,8	2315,7	1708,2
Schweiz	1404,7	1203,5	956,3
Slowakei	11,3	- 27,7	34,4
Slowenien	13,9	207,3	- 34,6
Spanien	1552,5	996,5	442,3
Tschechische Republik	- 10	-115,4	31,4
Türkei	70,8	94,3	- 91,6
Ungarn	- 7,8	618,3	- 632,6
Vereinigte Staaten von Amerika	1412,1	515	2521,1
Zypern	0,0	1924,1	214,6
insgesamt	41050,4	45577,9	30860,3

^(a) vorläufige Daten, Quelle: Polnische Nationalbank

Quelle: Główny Urząd Statystyczny: *Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2006: Pieniądz i banki. Rynek giełdowy. Zakłady ubezpieczeń. Otwarte fundusze emerytalne. Napływ kapitału do Polski z tytułu zagranicznych inwestycji bezpośrednich według kraju pochodzenia udziałowca.* [Statistisches Hauptamt: *Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2006*]

Akkumulierte ausländische Direktinvestitionen in Polen nach Herkunftsländern

	2000 in Mio. PLN	2004 in Mio. PLN	2005 ^(a) in Mio. PLN
Australien	60	1	27
Belgien und Luxemburg	3569	16976	24378
Dänemark	3592	7499	8365
Deutschland	26857	42396	47644
Finnland	907	2000	3729
Frankreich	17284	34274	36952
Griechenland	1	96	106
Großbritannien	4684	7775	10036
Irland	1649	4532	4338
Italien	6125	9889	10659
Japan	578	1421	2341
Kanada	296	403	473
Liechtenstein	269	172	298
Niederlande	34936	60573	63476
Norwegen	596	1197	1036
Österreich	4559	12945	14616
Portugal	682	1152	1439
Republik Korea	1896	2067	1883
Russländische Föderation	5569	1823	2080
Schweden	4896	10473	12270
Schweiz	3514	6335	7275
Slowakei	28	174	189
Slowenien	67	445	398
Spanien	2713	4797	5409
Tschechische Republik	178	336	371
Türkei	249	187	74
Ungarn	63	1010	405
Vereinigte Staaten von Amerika	13424	18609	21708
Zypern	0	2965	3461
Insgesamt	141810	257901	292055

^(a) vorläufige Daten, Quelle: Polnische Nationalbank

Quelle: Główny Urząd Statystyczny: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2006: Pieniądz i banki. Rynek giełdowy. Zakłady ubezpieczeń. Otwarte fundusze emerytalne. Zobowiązania z tytułu zagranicznych inwestycji bezpośrednich w Polsce według kraju pochodzenia udziałowca. [Statistisches Hauptamt: Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2006]

Die größten deutschen Investoren in Polen (Stand vom 31.12.2004)

Investor	Branche	Kapital (Mio. USD)	Wichtigste Investitionen
Metro Group	Einzel- und Großhandel	1508,0	Handelszentren M1, Großhandel Makro Cash and Carry, Praktiker-Baumärkte, Supermärkte Real
HVB	Bankenwesen	1336,0	Bank Przemysłowo-Handlowy, Hypo-Vereinsbank Bank Hipoteczny
Volkswagen AG	Automobilbranche, Finanzwesen	873,0	Volkswagen Poznań, Volkswagen Elektrosystemy (Landsberg/Gorzów) VW Motor Polska (Polkwitz/Polkowice), 51% Aktienanteile an Sitech sp. z o.o. (Polkwitz), Volkswagen Bank S.A., VW Ubezpieczenia, VW Leasing
Commerzbank AG	Bankenwesen	646,4	72,16% der Aktien an BRE SA
RWE	Energieversorgung	400,0	Stoen S.A. (Warschau)
Siemens AG	Elektrotechnische Industrie, Finanzwesen, Handel	323,6	Siemens sp. z o.o., Siemens iCenter, OSRAM, Fujitsu Siemens Computers, Siemens Finance und andere
Deutsche Bank AG	Finanzwesen	319,6	Deutsche Bank Polska SA, Deutsche Bank PBC SA (Krakau), DWS Polska Tow. Funduszy Inwestycyjnych, Deutsche Asset Management S.A., DB Securities S.A., DB Real Estate u.a.
Pfleiderer AG	Holzindustrie	204,6	Spanplattenfabrik Pfeleiderer - Grajewo S.A. (Hauptaktionär), Pfeleiderer-Prospan (Wieruszów), Laminat sp. z o.o. (Grajewo)
Allianz AG	Versicherungen	175,0	TU Allianz Polska S.A., TU Allianz Życie Polska SA
Ergo	Versicherungen	167,8	99,4% der Aktien an TU Ergo-Hestia S.A. (Zoppot/Sopot)
Esso Deutschland	Vertrieb petrochemischer Erzeugnisse	164,5	Exxonmobil Polska sp. z o.o.
BSH Bosch und Siemens Hausge- räte	Elektro- und Maschinenbau	160,0	BSH Sprzęt Gospodarstwa Domowego (Warschau), BSH sp. z o.o. (Lodz)
Dyckerhoff AG	Zementherstellung	148,0	Zementwerk Warschau, Anteile am Zementwerk Sitkówka Nowiny (Woiwodschaft Heiligkreuz/Świętokrzyskie)
Passauer Neue Presse	Verlag	98,0	Regionalzeitungen

Quelle: *The List of Major Investors in Poland*, PAIIZ [Polska Agencja Informacji i Inwestycji Zagranicznych – Polnische Agentur für Informationen und Auslandsinvestitionen], Warszawa 2005, S. 10-24.

Zitiert aus Łukasz Dwilewicz: *Deutsche Direktinvestitionen in Polen in den Jahren 1990 – 2006. Die Geschichte des Kapitalzustroms.*

Dieser Beitrag erscheint demnächst in:

Dieter Bingen, Peter Oliver Loew, Nikolaus Wolf (Hrsg.): *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900 – 2007.* [=Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts, Bd. 25], Wiesbaden: Harrasowitz 2008.

Die größten polnischen Unternehmen mit deutschem Kapital (ohne Finanzsektor)

	Unternehmen	Einnahmen aus Verkauf (in Mio. PLN)
1.	Metro-Gruppe in Polen	11.700
2.	Volkswagen Poznań	8.708
3.	Polska Telefonia Cyfrowa	6.723
4.	Volkswagen Motor Polska	4.358
5.	Milo S.A. (gegenwärtig Lekkerland Polska)	2.734
6.	Selgros Cash & Carry	2.235
7.	Siemens sp. z o.o.	1.964
8.	BSH Sprzęt Gospodarstwa Domowego	1.844
9.	Skoda Auto Polska	1.265
10.	Plus Discount	1.262
11.	BASF Polska	1.239
12.	Thyssen Krupp Energostal SA	1.186
13.	Reckitt Benckiser Poland	1.169
14.	Henkel Polska	1.116
15.	Pfleiderer Grajewo	998

Quelle: LISTA 2000, Beilage zur Tageszeitung Rzeczpospolita, 26.10.2006.

Zitiert aus Lukasz Dwilewicz: *Deutsche Direktinvestitionen in Polen in den Jahren 1990 – 2006. Die Geschichte des Kapitalzustroms.*

Dieser Beitrag erscheint demnächst in:

Dieter Bingen, Peter Oliver Loew, Nikolaus Wolf (Hrsg.): *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900 – 2007.* [=Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts, Bd. 25], Wiesbaden: Harrasowitz 2008.

Polnische Direktinvestitionen im Ausland – Zahlungsbilanz in Mio. Euro – Netto-Transaktionen

	Mio. Euro
2000	- 18
2001	97
2002	- 228
2003	-269
2004	- 636
2005	- 2493
2006	- 3300

Quelle: Narodowy Bank Polski [Polnische Nationalbank]: *Bilans płatniczy w milionach EUR – Transakcje netto [1 kwartał 2007]* [Zahlungsbilanz in Mio. EURO – Netto-Transaktionen, 1. Quartal 2007]; www.nbp.gov.pl

Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in Mittel-, Ost - und Südosteuropa

Zustrom der ausländischen Direktinvestitionen (in Mio. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 (Prog- nose)
Tschechien	5404	6296	9012	1863	4007	9374	4752	5000
Ungarn	2998	4391	3185	1888	3633	6099	4874	4000
Polen	10334	6372	4371	4067	10292	7703	11093	12000
Slowakei	2089	1768	4397	1914	2441	1694	3324	3000
Slowenien	149	412	1722	271	665	445	303	400
<i>Neue Mitgliedsstaaten-5</i>	<i>20974</i>	<i>19240</i>	<i>22687</i>	<i>10002</i>	<i>21039</i>	<i>25315</i>	<i>24346</i>	<i>24400</i>
Estland	425	603	307	822	776	2349	1282	1300
Lettland	447	147	269	270	513	582	1303	1300
Litauen	412	499	772	160	623	826	1426	1300
<i>Neue Mitgliedsstaaten-8</i>	<i>22258</i>	<i>20489</i>	<i>24035</i>	<i>13799</i>	<i>22950</i>	<i>29072</i>	<i>28357</i>	<i>28300</i>
Bulgarien	1103	903	980	1851	2736	3103	4104	4000
Rumänien	1147	1294	1212	1946	5183	5213	9082	7000
Neue Mitgliedsstaaten-10	24508	22685	26226	15051	30869	37387	41544	39300
Albanien	155	232	143	158	278	224	259	300
Bosnien und Herzegowina	159	133	282	338	534	421	338	400
Kroatien	1138	1502	1197	1785	990	1425	2838	2500
Mazedonien	189	493	83	84	126	80	279	200
Serbien	55	184	504	1204	777	1265	3504	3500
Montenegro	-	5	76	44	53	393	644	600
Südosteuropa	1696	2549	2285	3612	2759	3808	7862	7500
Belarus	129	107	262	152	132	245	282	300
Moldau	138	115	89	65	120	160	177	200
Russland	2933	3069	3660	7041	12422	10258	23047	25000
Ukraine	644	884	734	1260	1380	6263	4148	5000
Europäische GUS	3844	4175	4745	8518	14053	16926	27654	30500
Region insgesamt	30048	29409	33255	27180	47682	58121	77060	77300

Quelle: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche; Presseaussendung: wiiw-Datenbank über ausländische Direktinvestitionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa; Schwerpunktverlagerung, 05.06. 2007, www.wiiw.ac.at

Export und Import

Anteil Deutschlands am polnischen Export und Import (%)

	Export	Import
1990	25,1	20,1
1995	38,3	26,6
2000	34,9	23,9
2001	34,4	24,0
2002	32,3	24,3
2003	32,3	24,4
2004	30,1	24,4
2005	28,2	24,7
2006	27,2	24,0
2007 ^(a)	26,3	24,2

^(a) Daten aus Jan. – Juni 2007

Quellen: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 1991 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 1991]: Handel zagraniczny – bez prywatnego: Import według krajów. Eksport według krajów, sowie: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006: Handel zagraniczny: Obroty handlu zagranicznego według wybranych krajów, sowie: Główny Urząd Statystyczny: Obroty handlu zagranicznego ogółem i według krajów (dane ostateczne) (I–XII 2006r.), www.stat.gov.pl/gus, sowie: Obroty handlu zagranicznego ogółem i według krajów I–VI 2007, www.stat.gov.pl/gus

Anteil verschiedener Länder am deutschen Export und Import (%)

Export (%)

	2002	2003	2004	2005 ^(a)
Polen	2,5	2,5	2,6	2,8
Frankreich	10,6	10,4	10,2	10,2
Italien	7,3	7,3	7,0	6,9
Tschechische Republik	2,5	2,5	2,4	2,4
Russland	1,7	1,8	2,0	2,2
Vereinigte Staaten von Amerika	10,5	9,3	8,9	8,8

^(a) vorläufiges Ergebnis

Import (%)

	2002	2003	2004	2005 ^(a)
Polen	2,7	3,0	2,8	2,6
Frankreich	9,3	9,1	9,0	8,7
Italien	6,5	6,4	6,2	5,7
Tschechische Republik	3,1	3,3	2,9	2,8
Russland	2,5	2,7	2,8	3,5
Vereinigte Staaten von Amerika	7,8	7,3	7,1	6,6

^(a) vorläufiges Ergebnis

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2006, www.destatis.de und eigene Berechnungen

Chronik
Vom 21. August bis zum 03. September 2007

21.08.2007	Sejmmarschall Ludwik Dorn gibt bekannt, dass der Sejm auf seiner nächsten Sitzung am 7. September über den Antrag auf Selbstauflösung abstimmen soll.
21.08.2007	Die Thorner Staatsanwaltschaft kommt zu dem Schluss, dass der Direktor von Radio Maryja, Pater Tadeusz Rydzyk, weder Staatspräsident Lech Kaczyński noch Angehörige der jüdischen Nation beleidigt hat. Hintergrund sind die im Juli von dem Wochenmagazin „Wprost“ veröffentlichten Auszüge eines Redemitschnitts von Rydzyk, die zu dem Vorwurf der Beleidigung und des Antisemitismus geführt hatten. Die Entscheidung stößt in kirchlichen und politischen Kreisen auf Unverständnis.
22.08.2007	Der ehemalige Innenminister Janusz Kaczmarek soll laut Medienberichten in einer nicht öffentlichen Sitzung des Sejm-Geheimdienstausschusses über Überwachungsmaßnahmen der Geheimdienste gegenüber prominenten Politikern und Massenmedien berichtet und dabei Justizminister Zbigniew Ziobro belastet haben.
24.08.2007	Der ehemalige Innenminister Janusz Kaczmarek fährt in seinem Bericht vor dem Sejm-Geheimdienstausschuss fort.
24.08.2007	Der Sejm verabschiedet ein Gesetz, das die Anpassung des polnischen Rechts an die Erfordernisse für den Beitritt Polens zur Schengen-Zone vorsieht.
24.08.2007	In einer nicht öffentlichen Nachtsitzung des Sejm verliert Sejmmarschall Ludwik Dorn den ersten Teil des Protokolls der Aussagen des ehemaligen Innenministers Janusz Kaczmarek vor dem Sejm-Geheimdienstausschuss. Politiker der Opposition fordern daraufhin den Rücktritt von Justizminister Zbigniew Ziobro.
25.08.2007	Die Parteiveranstaltungen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Danzig und der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) in Warschau, auf denen die Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński (PiS) und Donald Tusk (PO) die Gegenseite jeweils scharf kritisieren, wird als Auftakt des Wahlkampfes gewertet.
27.08.2007	Nach Meinung von Justizminister Zbigniew Ziobro sind die Angriffe auf ihn Ausdruck der Angst vor Veränderungen in Polen sowie der Angst davor, dass niemand vor der Verantwortung für Verbrechen geschützt sei.
28.08.2007	Nach einer von der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ in Auftrag gegebenen Umfrage würden 31 % die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) wählen, 22 % Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), 11 % Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD), 4 % die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), jeweils 3 % Selbstverteidigung (Samoobrona) bzw. die Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR) bzw. 5 % den Parteizusammenschluss LiS aus Samoobrona und LPR.
28.08.2007	Sejmmarschall Ludwik Dorn verliert in einer weiteren nicht öffentlichen Sejmsitzung den zweiten Teil des Protokolls des ehemaligen Innenministers Janusz Kaczmarek, der vor dem Sejm-Geheimdienstausschuss über Überwachungsmaßnahmen der Geheimdienste berichtet hatte. Der ehemalige Bildungsminister Roman Giertych (Liga der Polnischen Familien, Liga Polskich Rodzin – LPR) beantragt die Vertagung, da er aus dem Protokoll schließt, dass auch er von den Geheimdiensten überwacht wurde. Dem Antrag wird stattgegeben.
29.08.2007	Die Staatsanwaltschaft erhält Zugang zu Auszügen des Aussageprotokolls des ehemaligen Innenministers Janusz Kaczmarek über Überwachungsmaßnahmen der Sicherheitsdienste. Hintergrund sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft über die unerlaubte Weitergabe von Informationen im Rahmen einer fingierten Korruptionsaffäre gegenüber dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper (Selbstverteidigung, Samoobrona).
30.08.2007	Der ehemalige Innenminister Janusz Kaczmarek, der ehemalige Oberkommandant der Polizei, Konrad Kornatowski, und der Vorsitzende der Versicherungsanstalt PZU, Jaromir Netzel, werden festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, den ehemaligen Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper (Selbstverteidigung, Samoobrona) vor einer fingierten Korruptionsaffäre des Zentralen Anti-Korruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) gewarnt zu haben und dessen Überführung vereitelt zu haben. Kornatowski hätte am selben Tag vor dem Sejm-Geheimdienstausschuss aussagen sollen.
30.08.2007	Nach Auffassung von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński zeigen die Verhaftungen, dass das heutige Polen ein Rechtsstaat ist, in dem nicht mehr die Privilegien der Volksrepublik gelten.
31.08.2007	Der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski bezeichnet die gegenwärtige Situation als größte politische Krise nach 1989 und vergleicht Polen mit Simbabwe und Belarus.
31.08.2007	Die Staatsanwaltschaft entscheidet, den ehemaligen Innenminister Janusz Kaczmarek, den ehemaligen Oberkommandanten der Polizei, Konrad Kornatowski, und den Vorsitzenden der Versicherungsanstalt PZU, Jaromir Netzel, gegen Kautions auf freien Fuß zu setzen.

01.09.2007	Während einer Pressekonferenz erklärt Justizminister Zbigniew Ziobro, es komme die Zeit, weitere Tatsachen und Beweise über die Oppositionsführer Donald Tusk (Bürgerplattform, Platforma Obywatelska – PO), Wojciech Olejniczak (Demokratische Linksallianz – Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Roman Giertych (Liga der Polnischen Familien – Liga Polskich Rodzin – LPR) und Andrzej Lepper (Selbstverteidigung – Samoobrona) offenzulegen. Ziobro bekräftigt, die Regierung Kaczyński werde in Polen Normalität einführen; diese habe es bisher nicht gegeben.
02.09.2007	Der Beauftragte des Außenministeriums für die Zusammenarbeit mit Deutschland, Mariusz Muszyński, schreibt in einem Artikel, der im Internetportal des „Handelsblatt“ veröffentlicht wird, dass die deutschen Regierungen nach der Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl von Maßlosigkeit und Selbstsicherheit geprägt seien. Außerdem würden Bemühungen fehlen, über die Vertiefung der europäischen Integration nach einer stärkeren Bindung zwischen Deutschland und anderen Ländern zu streben.
03.09.2007	Der Parteivorsitzende der Selbstverteidigung (Samoobrona) und ehemalige Landwirtschaftsminister, Andrzej Lepper, kündigt die Veröffentlichung von Fakten an, aus denen hervorgehen soll, dass die Finanzierung der von 1990 – 1998 bestehenden Partei Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum – PC), deren Vorsitzender Jarosław Kaczyński und Sejm-Abgeordneter Lech Kaczyński war, nicht legal gewesen sei.

Lesehinweis

Dieter Bingen, Peter Oliver Loew, Nikolaus Wolf (Hrsg.)

Interesse und Konflikt.

Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900–2007

Wiesbaden: Harrassowitz 2008

[= Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts, Bd. 25]

Die deutsch-polnische Nachbarschaft im langen 20. Jahrhundert wurde entscheidend geprägt von der ökonomischen Dimension der Beziehungsgeschichte. Doch obwohl zahlreiche Debatten zwischen beiden Ländern um ökonomische Themen wie Arbeitsmärkte oder Standortverlagerungen kreisen, bleiben diese Debatten doch meist streng akademisch getrennt. Der Sammelband präsentiert die Ergebnisse einer Tagung vom Frühjahr 2007: Wirtschaftswissenschaftler, Wirtschaftshistoriker, Historiker und Politologen beschäftigten sich mit den wirtschaftlichen Aspekten der deutsch-polnischen Geschichte. In den Texten wird klar, dass wirtschaftliches Interesse in der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte häufig den politischen Konflikt überwog. Auch wenn in der politischen und publizistischen Rhetorik oft die Antagonismen hervorgehoben wurden, suchten sich, auf längere Sicht betrachtet, Handels-, Kapital- und Migrationsströme unabhängig davon ihre Wege über die Grenze(n).

Das Erscheinen des Tagungsbands wird ermöglicht durch die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und das Auswärtige Amt.

Aus dem Inhalt:

Nikolaus Wolf: Ökonomische Zugänge zur deutsch-polnischen Geschichte – Stefan Kowal: Der deutsch-polnische Außenhandel 1900–2000 – Christopher Kopper: Den Rücken zugewandt? Deutsch-polnische Verkehrsbeziehungen 1920 bis 2000 – Christian Westerhoff: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg? Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Baltikum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914–1918 – Ingo Loose: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in Polen als Gegenstand der Forschung und der Instrumentalisierung im politischen Raum – Stanisław Meducki: Die Wirtschaft Polens unter der Besatzung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches (1939–1945) – Ronald Bachmann, Sebastian Płóciennik: Transformationsprozesse auf dem ostdeutschen und polnischen Arbeitsmarkt seit 1990 – Silke Röttger: DDR und VR Polen zwischen Westpolitik und Ostintegration in den 1970er Jahren – Dieter Bingen: Ökonomie der Werte in den westdeutsch-polnischen Beziehungen.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung sowie der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de